

Protokoll über die Sitzung Nr. 4/2022 des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 28. November 2022, um 14:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt

Beigeordnete Christina Heide

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Beigeordneter Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Ulf Berner

Beigeordneter Martin Burkhart

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

Mitglieder Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Volker Block

Dezernenten

Stadtrat Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination

Bernd Telschow – Fachbereich Bürgerangelegenheiten/ Öffentliche Sicherheit u. Ordnung

als Gäste

Michael Diers – Geschäftsführer Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Christian Döring – Stadtwerke Verkehrsgesellschaft WHV GmbH

Alexander Leonhardt – Geschäftsführer Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Frank Rademacher - Geschäftsführer der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft

Mario Schiefelbein – Geschäftsführer Tourismus-Agentur Nordsee GmbH (TANO)

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 6.3 Vorstellung Geschäftsführer TANO
- 6.4 Situation der städtischen Häfen (Freizeit- und gewerbliche Häfen) (auf Antrag der Ratsgruppe GRÜNE und GfW)
- 3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 19.09.2022 und 10.10.2022
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Jahresabschluss 2021 Technische Betriebe Wilhelmshaven **269/2022**
 - 4.2 Entnahme aus Rücklagen **270/2022**
 - 4.3 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzung). **330/2022**
 - 4.4 Informationsvorlage Verkauf eines Gewerbegrundstücks BPlan-147 - Greethun **299/2022**
 - 4.5 Informationsvorlage Verkauf eines Gewerbegrundstücks BPlan - 147 - Greethun **301/2022**
 - 4.6 Informationsvorlage Verkauf Erbbaurechtgrundstück Beethovenstr. 13-19 **312/2022**
 - 4.7 Erstellung eines Sportentwicklungsplans für die Stadt Wilhelmshaven **544/2022**
 - 4.8 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Fusion von TBW und GGS **563/2022**
 - 4.9 Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds Wilhelmshaven **572/2022**
 - 4.10 Antrag der WIN@WBV-Fraktion: Wiederaufnahme der Vorlage Nr. 178\2017 (Banter See Nutzungskonzept - 1. Fortschreibung) **573/2022**
 - 4.11 Antrag Gruppe "GRÜNE und GfW": "Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Gemeinde" **574/2022**
 - 4.12 Antrag Ratsherr Becker auf Änderung/Anpassung der Entschädigungssatzung **575/2022**
 - 4.13 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **298/2022**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
 - 5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **292/2022**

6 Mitteilungen und Anfragen

- 6.1 Budget- und Produktberichte zum 31.08.2022 - Teilhaushalte 103, 113, 420, KS und AF
- 6.2 Haushaltsbericht zum 31.08.2022
- 6.5 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung
- 6.6 Strukturwandel
- 6.7 Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorträge unter den Tagesordnungspunkten 6.3 „Vorstellung Geschäftsführer TANO“ und 6.4 „Situation der städtischen Häfen (Freizeit und gewerbliche Häfen) (auf Antrag der Ratsgruppe GRÜNE und GfW)“ werden vorgezogen.

Herr Tönjes kritisierte die Tagesordnungspunkte 4.4 bis 4.6. Er vertrat die Meinung, dass die dazugehörigen nichtöffentlichen Beschlussvorlagen öffentlich beraten werden müssten. Außerdem müsse der Preis öffentlich genannt werden. Er kündigte an sich diesbezüglich an das Verwaltungsgericht zu wenden.

Herr Oberbürgermeister Feist entgegnete, dass in Absprache mit Herrn Schönfelder auf die Antworten in den vorherigen Sitzungen verwiesen wird, da diese Frage bereits mehrfach von der Verwaltung beantwortet worden sei.

Anschließend wurde die geänderte Tagesordnung mit 13 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung festgestellt.

6.3 Vorstellung Geschäftsführer TANO

Der Geschäftsführer der TANO (Tourismus-Agentur Nordsee GmbH), **Herr Schiefelbein**, stellte sich vor. Er berichtete, dass er aktuell zwei Teams, einmal Destinationsmarketing und einmal Destinationsmanagement, aufstellt, bisher allerdings noch kein Personal habe. Er ging auf die Ziele und Vorhaben der TANO ein, die unter anderem die Digitalisierung vorantreiben, Städte mit dem Umfeld zu verknüpfen, neue Partnerschaften finden, Fördermittelakquise, Lobbyarbeit und nachhaltige Erlebnisangebote sind.

Herr Weithöner betonte, dass es kein Geschäftsmodell beziehungsweise Konzept für Touristen gebe. Außerdem hinterfragte er, ob es für die TANO nicht ohne die Ostfriesland Tourismus GmbH (OTG) und Die Nordsee GmbH leichter wäre.

Herr Schiefelbein entgegnete, dass Die Nordsee GmbH gescheitert sei und man schnellstmöglich die Doppelstruktur beenden möchte. Die OTG solle irgendwann auch in die TANO integriert werden, aber nicht sofort, da die TANO sich zunächst aufbauen muss und aktuell nicht das Tagesgeschäft der OTG übernehmen könnte.

Herr Diers berichtete, dass in der nächsten Gesellschafterversammlung der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH der Austritt aus der Die Nordsee GmbH beantragt werden soll. Auch fühle sich Wilhelmshaven bei der OTG nicht richtig gut aufgehoben. Sollte die OTG weiterhin parallel bestehen bleiben, muss Wilhelmshaven die Unzufriedenheit deutlich machen.

Herr Dr. Schulte forderte, dass die OTG so schnell wie möglich in die TANO integriert wird.

Herr Bulla bemängelte, dass die Dienstleistungen der OTG gefühlt keine Auswirkungen in Wilhelmshaven haben.

6.4 Situation der städtischen Häfen (Freizeit- und gewerbliche Häfen) (auf Antrag der Ratsgruppe GRÜNE und GfW)

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag der Ratsgruppe „GRÜNE und GfW“ aufgenommen. Gemäß dem Antrag sollen folgende Punkte erörtert werden:

- a) Wirtschaftliche Situation der städtischen Häfen
- b) Bauliche Situation der städtischen Häfen
- c) Potentiale im Hinblick auf Hafenkooperationen
- d) Potentiale der Häfen im Hinblick auf Klima- und Umweltschutzaspekte
- e) Probleme und Perspektiven.

Herr Rademacher erklärte, dass Herr Döring gleich auf die Punkte eingehen wird, wies vorher noch darauf hin, dass in der Regel die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Eigentümer der Wasserflächen im Stadthafen sei.

Herr Döring zeigte sicherfreut über das Interesse an den Häfen. Er informierte, dass die Eigentums- und Zuständigkeitsverhältnisse des Stadthafens öffentlich im Internet verfügbar seien, dort sei auch die Hafenordnung einsehbar.

Anschließend trug **Herr Döring** zu den einzelnen Punkten vor:

- a) Wirtschaftliche Situation der städtischen Häfen

Mit Ausnahme des Teils nördlich der Wiesbadenbrücke, welcher von GGS bewirtschaftet wird, werden alle anderen Flächen durch die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft bewirtschaftet. Es werden Einnahmen aus Hafenentgelten, Mieten/ Pachten für Immobilien und Nutzungsgelte für überlassene Wasserflächen generiert. Gegenüber diesen Einnahmen entstehen Kosten aus dem Hafenbetrieb, dies sind z.B. Personalkosten, Anteil an der erweiterten Schleusenöffnung und Reparaturen.

b) Bauliche Situation der städtischen Häfen

Die Böschungen seien teilweise in sehr schlechtem Zustand. Die Reparaturkosten seien sehr hoch, je nach Art zwischen 4.000 € bis 6.000 € pro Meter, so dass sich die Reparaturen derzeit auf die Verkehrssicherungspflicht beschränken. Der bauliche Zustand sei in 2010 erstmalig im Hafenkataster festgestellt und seitdem regelmäßig fortgeführt worden. Viele damals festgestellte Schadstellen haben sich seit 2010 nicht wesentlich verschlechtert.

c) Potentiale im Hinblick auf Hafenkooperationen

Es werde bereits in verschiedenen Weisen kooperiert. Mit Hafenbehörden (Bund, Land, Stadt) und weiteren Institutionen finden regelmäßig Gespräche über Vorkommnisse oder Planungen statt. Potentiale mit anderen Häfen seien nicht vorstellbar.

d) Potentiale der Häfen im Hinblick auf Klima- und Umweltschutzaspekte

Es gebe regelmäßige vorgeschriebene Inspektionen der Schiffe durch die Hafenbehörde, weitere Potentiale seien nicht bekannt.

e) Probleme und Perspektiven.

Es könne zu Problemen finanzieller Art kommen, wenn sich der Zustand der Böschung soweit verschlechtert, dass die Verkehrssicherheit gefährdet ist. Perspektivisch sei eine Aufwertung nur möglich, wenn die Umgebung für Tourismus interessanter gestaltet wird. Ein positives Beispiel sei der Wohnungsbau bei der Wiesbadenbrücke durch diesen sei die Nachfrage an der Nutzung der Wasserflächen gestiegen.

Herr Becker hinterfragte, warum dieser Vortrag im Ausschuss erfolgt.

Herr Berner erklärte, dass der Ausschuss auch für die Häfen zuständig sei. Die Fragen sollten nur ein Hinweis für die Vortragenden sein, damit klar ist welche Themen gewünscht sind. Grundsätzlich soll dies nur der Anfang sein und der Ausschuss sich zukünftig mehr mit dem Thema Häfen beschäftigen.

Es folgte ein kurzer Austausch zwischen den **Herren Berner, Telschow** und **Frau Zaage** über den Zustand einiger Flächen am Hafen.

Herr Walpurgis befürwortete, dass das Thema Häfen mehr im Ausschuss beraten wird. Außerdem schlug er einen vor Ort Termin für den Ausschuss vor, um sich die Flächen am Wasser anzuschauen.

Herr Telschow ergänzte, dass es sinnvoll wäre eine solche Besichtigung von der Seeseite aus zu machen.

3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 19.09.2022 und 10.10.2022

Herr Tönjes beantragte die getrennte Abstimmung.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 19.09.2022 wurde mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Zum Protokoll über die Sitzung vom 10.10.2022 merkte **Herr Tönjes** an, dass das Protokoll zu kurz sei.

Herr Becker erklärte, dass er diese Meinung nicht teile.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 10.10.2022 wurde mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Jahresabschluss 2021 Technische Betriebe Wilhelmshaven

269/2022

Herr Bruns führte in die Beschlussvorlage ein und berichtete von einem Jahresgewinn in Höhe von rund 800.000 €. Es werde vorgeschlagen diesen Gewinn vollständig an den Kernhaushalt auszukehren.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zum 31.12.2021 wird gemäß Abschlussprüfung der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresgewinn von 800.812,17 € beschlossen (festgestellt).
2. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
3. Gemäß § 35 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.
4. Der Jahresgewinn in Höhe von 800.812,17 € wird zur Verzinsung des Eigenkapitals vollständig an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven ausgeschüttet.

4.2 Entnahme aus Rücklagen

270/2022

Herr Bruns leitete in die Beschlussvorlage ein und sagte, dass dies Teil der Vereinbarung zur Entschuldungshilfe sei.

Herr Schön hinterfragte, ob durch die Entnahme die Existenz von TBW gefährdet sei und wie viel entnommen werden könnte, ohne TBW zu schaden.

Herr Bruns verwies auf die Bilanz im Jahresabschluss. Dort ist erkennbar, dass die Gewinnrücklage 6,8 Mio. € beträgt, aus dieser Rücklage erfolgt die Entnahme. Es kann nicht gesagt werden bis zu welcher Summe eine Entnahme erfolgen kann ohne schädlich zu sein. Die 1 Mio. € sind auf jeden Fall möglich, da die Rücklagen und auch die Liquidität vorhanden seien. Es sei nicht die komplette Gewinnrücklage mit Liquidität hinterlegt.

Herr Becker merkte an, dass es schön gewesen wäre, wenn die entsprechenden Betriebsleitungen anwesend gewesen wären.

Herr Oberbürgermeister Feist entgegnete, dass im Regelfall der zuständige Dezernent anwesend ist.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Aus dem Eigenkapital (Allgemeine Rücklage) der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) wird ein Betrag in Höhe von 1.025.187,83 € entnommen und an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven ausgeschüttet.

4.3 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzung). **330/2022**

Herr Müller erklärte, dass mit der Beschlussvorlage vorgeschlagen wird den Status quo beizubehalten. Der Rat hatte vor einigen Jahren beschlossen die Gewerbesteuer sukzessiv abzusenken, es wird aufgrund der schwierigen finanziellen Lage, die sich im Rahmen der Haushaltsplanung aufzeigt, vorgeschlagen die Senkung auszulassen. Es bestehe die Befürchtung, dass die Kommunalaufsicht einen Beschluss zur Absenkung der Hebesätze beanstanden könnte, dies sei in der Praxis schon vorgekommen und wurde auch gerichtlich bestätigt. Er betonte außerdem, dass die Steuersätze möglicherweise im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes betrachtet werden müssen.

Herr Heinemann übergab den Vorsitz an **Frau Zaage**.

Im Anschluss gab **Herr Heinemann** bekannt, dass die CDU-Fraktion einer Aussetzung der Reduzierung nicht zustimmen werde. Man habe der Wirtschaft in den letzten Jahren einiges abverlangt und die Reduzierung sei vereinbart worden.

Herr Becker zeigte Verständnis für den Vorschlag der Verwaltung, da die finanzielle Lage schwierig sei. Er vertrat jedoch die Meinung, dass die Wirtschaft nicht zusätzlich belastet werden sollte. Für den Entschuldungspakt wurden die Steuern erheblich erhöht und dies habe die Wirtschaft mitgetragen, nun müsse man sich an das Versprechen der Senkung halten.

Herr Müller betonte, dass die Gewerbesteuer auf den Gewinn eines Unternehmens anfällt. Es seien also keine Firmen betroffen, denen es aktuell schlecht gehe.

Frau Heide verkündete, dass sich die SPD-Fraktion zunächst enthalten werde, da noch Beratungsbedarf bestehe.

Herr Dr. Schulte teilte mit, dass er dafür sei den Status quo aufrecht zu erhalten und den Hebesatz nicht zu senken. Andere Kommunen haben ähnliche Sätze und einige seien sogar wesentlich höher. Die Situation habe sich halt verändert.

Herr Berner schloss sich der Meinung von Herrn Dr. Schulte an. Es sei keine Erhöhung, sondern lediglich ein Erhalt und die aktuelle Situation konnte damals nicht hervorgesehen werden.

Herr Tönjes kündigte an, dass sich seine Gruppe enthalten wird.

Herr Stoffers erkundigte sich, ob die Kommunalaufsicht Andeutungen gemacht habe, dass eine Beanstandung erfolgen wird.

Herr Bruns antwortete, dass man soweit noch nicht wäre, allerdings wäre die Absenkung ein fatales Zeichen und der Minderertrag müsse über das Haushaltssicherungskonzept kompensiert werden.

Herr Bulla zeigte Verständnis für die Argumentation, kritisierte jedoch, dass für die Haushaltsplanung eine frühzeitige Priorisierung durch den Rat gut gewesen wäre.

Herr Bruns verwies darauf, dass die Satzung im Vorjahr beschlossen werden muss.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzung) zum 1. Januar 2023.

4.4 Informationsvorlage Verkauf eines Gewerbegrundstücks BPlan-147 - Greethun **299/2022**

Herr Marušić führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Kenntnisnahme.

Herr Tönjes fragte zu welchem Preis der Quadratmeter verkauft wird.

Herr Marušić antwortete, dass das Exposé im Internet einsehbar sei und der Preis bei 18 € pro Quadratmeter liegt.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Eine im Gewerbegebiet Greethun gelegene Fläche (Gemarkung Sengwarden, Flur 13, Flurstücke 48/35) soll zur Gesamtgröße von 8.173 m² an die **BEST Immobilien und Vermögensverwaltung GmbH**, Industriestraße 3, 26452 Sande verkauft werden

4.5 Informationsvorlage Verkauf eines Gewerbegrundstücks BPlan - 147 - Greethun **301/2022**

Herr Marušić stellte die Informationsvorlage vor.

Herr Tönjes fragte auch hier nach dem Preis und äußerte den Wunsch, dass öffentlich das Flurstück angegeben wird.

Herr Marušić teilte mit, dass auch hier der Preis pro Quadratmeter bei 18 € liegt.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Eine im Gewerbegebiet Greethun gelegene Fläche (Gemarkung Sengwarden, Flur 13, Flurstücke 48/34) zur Gesamtgröße von 4.170 m² soll an die **Firma MSGG GbR**, Rahester Verlaat 12, 26605 Aurich, verkauft werden.

4.6 Informationsvorlage Verkauf Erbbaurechtgrundstück Beethovenstr. 13-19 **312/2022**

Herr Marušić führte in die Vorlage ein und berichtete, dass es sich um einen Garagenhof handelt bei dem nun das Erbbaurecht endet.

Herr Tönjes hinterfragte, warum der Name des Käufers nicht genannt wird, dies sei kein schützenswertes Gut und müsse genannt werden.

Herr Marušić erklärte, dass der Grundstückseigentümer mit der Nennung nicht einverstanden war.

Herr Schön erkundigte sich, wie gewährleistet wird, dass das Grundstück zukünftig nicht zur Wohnbebauung genutzt wird. Bei einer Wohnbebauung wäre das Grundstück deutlich teurer.

Herr Marušić erläuterte, dass im Bebauungsplan ein Garagenhof vorgesehen sei, dieser könnte nur mit Zustimmung des Rates geändert werden. Man könne höchstens noch eine Nachzahlungsverpflichtung in den Vertrag aufnehmen. Dies bedeutet, dass der Käufer bei Änderung des Bebauungsplanes nachzahlen müsse.

Auf Nachfrage von **Herrn Schön** sagte **Herr Marušić**, dass die Verpflichtung für 10 Jahre festgelegt werden könnte.

Herr Tönjes fragte, ob dann ein Änderungsantrag notwendig sei.

Herr Marušić sicherte zu diese Klausel ohne Änderungsantrag aufzunehmen.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass dem Verkauf des Erbbaurechtgrundstücks Beethovenstraße 13-19 (Gemarkung Rüstringen, Flur 3, Flurstück 2620/152 und Flurstück 2616/152) mit einer Gesamtfläche von 3.387m² zu an die Erbbauberechtigten zugestimmt werden soll. Der Ratsbeschluss vom 22.09.2021 (246/2021) wird aufgehoben.

4.7 Erstellung eines Sportentwicklungsplans für die Stadt Wilhelmshaven 544/2022

Herr Schönfelder teilte mit, dass für die Erstellung eines Entwicklungsplanes Mittel benötigt werden, diese müssten bei einem positiven Beschluss also noch in den Haushalt aufgenommen werden. Im Sportausschuss sei der Antrag genehmigt worden.

Herr Burkhardt brachte den Antrag ein und erklärte, dass es möglich sei Fördermittel vom Landessportbund zu generieren.

Herr Tönjes regte an, dass direkt die regelmäßige Fortschreibung des Planes im Antrag aufgenommen wird.

Herr Dr. Schulte erkundigte sich nach den Kosten für die wissenschaftliche Begleitung.

Herr Schönfelder erklärte, dass dies noch nicht beziffert werden könne und auch die Fördermöglichkeiten zunächst geprüft werden müssen.

Auf Nachfrage von **Herrn Stoffers** sagte **Herr Schönfelder**, dass ohne Haushaltsmittel keine Verträge geschlossen werden, der Beschluss sei also im Grunde genommen vorbehaltlich des Haushaltsplanes.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung zur Erstellung eines Sportentwicklungsplans, unter wissenschaftlicher Begleitung. Der Sportentwicklungsplan soll beinhalten:

- die Schaffung notwendiger empirischer Grundlagen (Bestands- und Bedarfsermittlung),
- die Festlegung von Zielen, Prioritäten und Maßnahmen,
- die Abstimmung mit allen relevanten Interessengruppen,
- Qualitätssicherung und Evaluation sowie
- Prüfung zur Einführung eines Gerätepools für die Vereine.

4.8 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Fusion von TBW und GGS 563/2022

Herr Berner zog den Antrag im Namen seiner Ratsgruppe zurück.

Beschluss: -zurückgezogen-

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge prüfen, ob eine Zusammenlegung der städtischen Gesellschaften ‚Technische Betriebe Wilhelmshaven‘

(TBW) und „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven“ (GGs) formaljuristisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Dabei sollten insbesondere folgende Punkte dem Rat erörtert werden:

- a) juristische Machbarkeit und mögliche Hürden
- b) wirtschaftliche Machbarkeit und Effekte auf den Haushalt der Stadt
- c) personelle Auswirkungen.

4.9 Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds Wilhelmshaven **572/2022**

Frau Heide brachte den Antrag ein.

Herr Berner erklärte, dass er dem Antrag grundsätzlich zustimme, jedoch abwarten möchte, was das Land regelt und in wie weit Landes- beziehungsweise Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden.

Herr Oberbürgermeister Feist empfahl in Absprache mit Herrn Schönfelder ebenfalls erst einmal die Regelungen des Landes abzuwarten. Im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration sei der Antrag vertagt worden.

Vieles sei derzeit noch ungeklärt, auch sei der Aufwand ein Fonds zu realisieren sehr hoch.

Herr Schönfelder ergänzte, dass die Verwaltungsvereinbarungen zwischen Land und Kommunen noch ausstehen und sich aktuell in der Verbandsanhörung befinden.

Herr Schön verkündete, dass die SPD-Fraktion sich enthalten und dies zunächst intern diskutieren wird.

Herr Dr. Schulte äußerte sich zum Antrag kritisch.

Herr Moriße vertrat die Auffassung, dass der Antrag blinder Aktionismus sei und fragte Herrn Bruns, ob die Stadt überhaupt dazu finanziell in der Lage sei.

Herr Bruns antwortete, dass die finanziellen Auswirkungen nicht in der Vorlage aufgeführt werden, daher kann dazu keine Aussage getroffen werden.

Herr Becker kritisierte, dass keine finanziellen Auswirkungen genannt werden.

Herr Dr. Schulte stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis zur ersten Ratssitzung des Jahres 2023.

Der Antrag auf Vertagung wurde mit 9 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beschluss: -vertagt-**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt/gebeten, zusammen mit den lokalen Energieversorgungsunternehmen, umgehend einen Energie-Härtefallfonds für Heiz- und Stromkosten einzuführen, welcher im Falle drohender finanzieller Überforderung von Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden kann. Die durch die Niedersächsische Landesregierung in Aussicht gestellte Förderung in Höhe von 50 Millionen Euro zur Unterstützung lokaler Härtefallfonds soll hierbei berücksichtigt werden. Die finanziellen Mittel für den lokalen Härtefallfonds müssen im bestehenden Haushalt umgewidmet werden oder sind entsprechend durch einen Nachtragshaushalt zu beschließen.

4.10 Antrag der WIN@WBV-Fraktion: Wiederaufnahme der Vorlage Nr. 178\2017 (Banter See Nutzungskonzept - 1. Fortschreibung) **573/2022**

Herr Bulla brachte den Antrag ein und betonte, dass das Konzept dringend notwendig sei.

Herr Schön wies darauf hin, dass die drei bereits beschlossenen Anträge aus 2020 zu dem Thema unbedingt berücksichtigt werden sollten.

Herr Becker sprach sich für den Antrag aus.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Wiederaufnahme der Vorlage 178\2017 unter Berücksichtigung des Antrags 550/2020 sowie der hierzu eingebrachten Änderungen, des Tourismuskonzepts, der u.a. Bürgerbefragung sowie zwischenzeitlicher weiteren Erkenntnisse/Entwicklungen mit dem Ziel, dem Rat der Stadt Wilhelmshaven ein fortgeschriebenes Konzept zur weiteren Beratung vorzulegen.

4.11 Antrag Gruppe "GRÜNE und GfW": "Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Gemeinde" **574/2022**

Der Antrag wurde von **Herrn Berner** eingebracht.

Herr Schönfelder empfahl eine Behandlung des Antrages im Ausschuss für Kultur, dessen nächste Sitzung im neuen Jahr stattfinden werde.

Herr Moriße sprach sich ebenfalls für eine Beratung im Fachausschuss aus. Er führte außerdem an, dass die Stadt bereits viele Städtepartnerschaften habe und es fraglich sei, ob eine weitere Partnerschaft wirklich notwendig sei.

Herr Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass er den Antrag unterstütze. Er verwies dabei auch auf den Aufruf des ukrainischen Präsidenten und des Bundespräsidenten, dass Partnerschaften eingegangen werden sollen. Außerdem habe er den subjektiven Eindruck, dass eine solche Partnerschaft von den Flüchtlingen begrüßt werde.

Herr Berner war gegen eine Verweisung an den Ausschuss für Kultur, wenn dadurch erst eine Beratung im neuen Jahr erfolgen könne.

Herr Becker und **Herr Tönjes** erklärten, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt und der Ausschuss für Kultur später beteiligt werden könne.

Herr Walpurgis vertrat ebenfalls die Auffassung, dass eine Städtepartnerschaft wichtig sei und zu Wilhelmshaven würde hervorragend eine Hafenstadt passen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Verwaltung prüft die Voraussetzungen für eine kommunale Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Gemeinde und stellt diese im ersten Halbjahr 2023 dem Rat zur Entscheidung vor.

Zudem sind sowohl die Verwaltung als auch alle Fraktionen und Gruppen im Rat eingeladen, ukrainische Städte zur Partnerschaft bis zum 31.12.2022 vorzuschlagen. Hierbei sollte berücksichtigt werden, ob es bereits private Kontakte von BürgerInnen und KommunalpolitikerInnen bzw. Schulen etc. gibt, die intensiviert und in einer Städtepartnerschaft münden könnten.

Die Verwaltung stellt nach Anfrage an vorgeschlagene Gemeinden bis zu drei Städtepartnerschaften im Rat zur Entscheidung vor.

4.12 Antrag Ratsherr Becker auf Änderung/Anpassung der Entschädigungssatzung **575/2022**

Herr Becker stellte einen Antrag auf Vertagung, um bis zur Dezembersitzung alles zu ordnen und abzustimmen.

Herr Tönjes befürwortete eine Vertagung und kündigte Änderungswünsche an.

Herr Burkhart schlug vor, sich interfraktionell vor der Beratung abzustimmen.

Herr Stoffers bedankte sich bei Herrn Becker dafür, dass er dieses Thema zur Diskussion bringe und sprach sich ebenfalls für eine Vertagung aus, damit man sich vorher verständigen könne.

Der Antrag auf Vertagung in die Dezembersitzung wurde mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Die Entschädigungssatzung wird gemäß dem beigefügten Vorschlag geändert.

4.13 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **298/2022**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spenden.

Herr Tönjes hinterfragte, ob die Geldspende an den Besuchsdienst (Nummer 1) sachlich gebunden sei oder frei zur Verfügung stehe. Beim letzten Mal sei die Spende auf Abonnements festgelegt gewesen.

Herr Schönfelder entgegnete, dass man diesbezüglich sensibilisiert sei.

Herr Tönjes beantragte die getrennte Abstimmung über die einzelnen Spenden.

Die Zuwendung Nr. 1 wurde mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Die Zuwendungen Nr. 2 und 3 wurden mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Werner-Brune-Stiftung/ Bad Lauterberg, Mozartstr. 7, 26382 Wilhelmshaven	1.700,00 €	Geldspende für den Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven
2. Förderverein der GS Wiesenhof, Frau Maike Schun, Am Wiesenhof 142, 26389 Wilhelmshaven	410,00 €	Sachspende Spielzeug für die Betreuungsstunden für die GS Wiesenhof
3. Förderverein der GS Wiesenhof, Frau Maike Schun, Am Wiesenhof 142, 26389 Wilhelmshaven	859,76 €	Sachspende Musikinstrumente für den Musikunterricht für die GS Wiesenhof

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **292/2022**

Herr Heinemann verlas die Beschlussvorlage und bedankte sich für die Spenden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Förderverein Round Table 20 WHV e.V., Güterstraße 25, 26389 Wilhelmshaven	2.000,00 €	Spende für die Freiwillige Feuerwehr Rüstringen OF 7
2. Werner-Brune-Stiftung Wilhelmshaven/Bad Lauterberg, Mozartstr. 7, 26382 Wilhelmshaven	1.700,00 €	Spende für die Freiwillige Feuerwehr Rüstringen OF 7
3. Herr Jürgen Breeden, Osterstr. 21 A, 26316 Varel	1.000,00 €	Geldspende für den Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven
4. Herr Dr. Wolf Herold, Am Deich 15, 26388 Wilhelmshaven	ca. 500,00 €	Sachspende in Form eines Bildes an die städtische Gemäldesammlung
5. Förderverein Freiwillige Feuerwehr Fedderwarden e. V. Poststr. 18 G, 26388 Wilhelmshaven	319,59 €	Ausbildungs- und Lesematerial für die Jugendfeuerwehr der Freiwilligen Feuerwehr Fedderwarden

6 Mitteilungen und Anfragen

Wohngeld

Herr Oberbürgermeister Feist informierte darüber, dass sich durch ein neues Bundesgesetz die Anzahl der Wohngeldberechtigten zum 01.01.2023 um dem Faktor 3 bis 4 vervielfachen wird. Die Menge der voraussichtlich im Januar eintreffenden Anträge werde kaum zu bewältigen sein. Man befinde sich derzeit schon im regen Austausch um hierfür eine Lösung zu finden, allerdings kann das Personal nicht innerhalb weniger Tage erweitert werden. Es werde allesmögliche getan, um die Anträge schnellstmöglich bearbeiten zu können.

6.1 Budget- und Produktberichte zum 31.08.2022 - Teilhaushalte 103, 113, 420, KS und AF

Herr Müller stellte zunächst den Budgetbericht des Teilhaushaltes 420 – Finanzen vor. Die Prognose weiche ca. 17.000 € von der Planung ab, damit sei das Budget nicht gefährdet. Die wesentlichen Abweichungen sind die Abschreibungen der Nebenforderungen, Verwarentgelte bei der Bank und höhere Miete für Mobiliar.

Danach ging er auf den Teilhaushalt Konzern Stadt ein. Hier wird eine Verschlechterung von ca. 1,35 Mio. € prognostiziert. Die Abweichungen sind im Wesentlichen die geringere Gewinnabführung von GGS und die höhere Konzessionsabgabe. Die finanziellen Auswirkungen zum Thema Klinikum seien in diesem Bericht noch nicht enthalten, da sie erst im Nachtragshaushalt verarbeitet wurden.

Abschließend berichtete **Herr Müller** über den Teilhaushalt Allgemeine Finanzen, dessen Zahlen bereits aus dem Nachtragshaushalt bekannt sind. Es wird eine Verbesserung von 6,23 Mio. € prognostiziert. Auch hier erläuterte er die wesentlichen Abweichungen, insbesondere die höheren Erträge durch die Gewerbesteuer und die Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer. Dagegen stehen Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen.

6.2 Haushaltsbericht zum 31.08.2022

Herr Bruns stellte den Haushaltsbericht zum 31.08.2022 vor. Es wird ein positives Jahresergebnis in Höhe von ca. 447.000 € prognostiziert. Die größten Abweichungen vom Plan wurden von Herrn Bruns erläutert. Die Verschlechterungen seien unter anderem Kosten für eine Sonderreinigung der Schulen aufgrund von Corona, Transferaufwendungen im Jugendbereich, Mindererträge bei den Kosten der Unterkunft und der Eingliederungshilfe. Dagegen stehen Verbesserungen durch Mehrerträge im Rettungsdienst, geringere Personalaufwendungen und die bereits genannten positiven Entwicklungen im Teilhaushalt Allgemeine Finanzen.

Auf Nachfrage von **Herrn Bulla** erklärten **Herr Bruns** und **Herr Schönfelder**, dass im Fachbereich Soziales Mindererträge durch den Wegfall der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft entstehen. Außerdem seien die Erstattungen bei der Eingliederungshilfe niedriger, da auch die Ausgaben niedriger sind.

6.5 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

-Keine Wortmeldungen-

6.6 Strukturwandel

-Keine Wortmeldungen-

6.7 Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung

-Keine Wortmeldungen -

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:10 Uhr

Bruns
Stadtrat

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin